

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Fristverlängerung**

Der Stadtrat hat am 18. Oktober 2012 die folgende Motion (Hasim Sancar, GB), erheblich erklärt:

Parteienfinanzierung ist in der Schweiz ein Dauerthema. In der Vergangenheit wurde das Thema aufgegriffen, dann aber ohne konkretes Resultat begraben. Das Thema beschäftigt die Öffentlichkeit aber weiterhin, sowohl auf internationaler, nationaler als auch auf lokaler Ebene. So fordert z.B. Transparency International Schweiz eine umfassende Regulierung der Politikfinanzierung. Die Intransparenz in der Schweizer Politik ist nach Auffassung der Organisation ein Defizit des hiesigen politischen Systems.

Der Schweiz droht neu auch die Aufnahme auf die schwarze Liste des Antikorruptionsorgans des Europarates Greco (Groupe d'Etats contre la corruption), dem die Schweiz 2006 beigetreten ist. Obwohl die Greco-Standards seit 2003 auf dem Tisch liegen, hat die Schweiz in dieser Sache bisher keine Schritte unternommen.

Zum Thema Parteifinanzierung gehören einerseits finanzielle Unterstützungen durch den Staat, andererseits die Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen. Eine Offenlegungspflicht für die Parteifinzen betrachten wir als Kernelement einer funktionierenden Demokratie.

In der Stadt Bern wurde am 9. Februar 2003 über eine Totalrevision des Reglements über die politischen Rechte abgestimmt. Sie wurde bei einer relativ niedrigen Stimmbeteiligung von 27% mit 47% Ja-Stimmen knapp abgelehnt.

Wir bitten den Gemeinderat um Erarbeitung eines Reglements, welches die Offenlegung der Finanzierung von Parteien, insbesondere ihrer Wahl- und Abstimmungskampagnen, auf kommunaler Ebene regelt.

Bern, 20. Oktober 2011

Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Lea Bill, Rahel Ruch, Judith Gasser, Aline Trede, Christine Michel, Urs Frieden, Monika Hächler, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat die Frist zur Umsetzung der Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen mehrmals verlängert, letztmals bis zum 30. November 2016.

Der Gemeinderat begründete die bisherigen Anträge auf Fristverlängerung insbesondere mit den laufenden Entwicklungen auf Bundesebene und der Notwendigkeit, diese bei der Umsetzung der Motion zu berücksichtigen, zumal die Einflussmöglichkeiten der Stadt Bern auf kommunale Kampagnen und Urnengänge beschränkt sind und zudem eine städtische Regelung mit allfälligen nationalen Vorschriften hätte koordiniert werden müssen. So bestand anfänglich Grund zur Annahme, dass vor dem Hintergrund des am 2. Dezember 2011 veröffentlichten Evaluationsberichts der Group d'Etats contre la Corruption (GRECO) entsprechende Gesetzgebungsarbeiten in Gang gesetzt würden. Nachdem der Bundesrat am 12. November 2014 entschied, keine entsprechenden

Vorschriften anzustreben, befindet sich die Schweiz in Bezug auf die «Transparenz der Parteienfinanzierung» nach wie vor im Nichtkonformitätsverfahren. In der Zwischenzeit verabschiedete die GRECO im Juni 2017 bereits den vierten Zwischenbericht in diesem Zusammenhang und bedauerte darin die Tatsache, dass die Schweizer Behörden an ihrer Haltung, im Bereich der Transparenz der Finanzierung der politischen Parteien und der Wahlkampagnen nicht gesetzgeberisch tätig zu werden, festhalten.

Am 10. Oktober 2017 wurde auf Bundesebene die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» (Transparenz-Initiative) eingereicht. Diese verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen transparent machen und die Herkunft aller Grossspenden über Fr. 10 000.00 offenlegen müssen. An seiner Sitzung vom 21. Januar 2018 beschloss der Bundesrat indes, dem Parlament zu beantragen, den Stimmberechtigten die Volksinitiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Die entsprechende Botschaft soll dem Parlament bis im Herbst 2018 unterbreitet werden. Wann die Volksinitiative zur Abstimmung gelangen wird, steht derzeit noch nicht fest.

Ungeachtet des Zeitpunkts und Ausgangs einer Abstimmung über die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» (Transparenz-Initiative) wird der Gemeinderat dem Stadtrat möglichst bald eine Vorlage zur Regelung zur Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl und Abstimmungskampagnen unterbreiten. Er bedauert, dass die Gesetzgebungsarbeiten auch wegen personeller Engpässe zufolge von Vakanzen und aufgrund von grosser Arbeitsbelastung von der federführenden Dienststelle bisher nicht im geplanten Ausmass vorangetrieben werden konnten. Die Gesetzgebungsarbeiten sind in der Zwischenzeit jedoch bedeutend fortgeschritten. Es ist vorgesehen, die Vorlage noch im Jahr 2018 in die externe Vernehmlassung zu schicken. Der Gemeinderat rechnet daher damit, die Vorlage dem Stadtrat bis Mitte 2019 unterbreiten zu können.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis 30. Juni 2019 zu.

Bern, 4. Juli 2018

Der Gemeinderat